Beilage
Mittwoch den 25. April 1928

Arbeiterstimme

Nr. 97
4. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

RFB-Verbot / Vorbereitung des KPD-Verbots!

Geständnis des Zentrumsministers Bolz in Württemberg

Der Massenaufmarsch der Betriebe und Arbeiterorganisationen des ganzen Reiches wirkt sich immer stärker auf die Regierung aus. Nachdem Keudell ursprünglich in vollem Einvernehmen mit dem Reichskanzler und den anderen Ministern losschlug, regnet es jetzt ein Dementi der Mitverantwortlichkeit der nicht deutschnationalen Minister nach dem andern. Zum Schluß wird noch Herr Keudell mit den Deutschnationalen erklären, ein RFB-Verbot sei gar nicht von ihnen geplant gewesen! Insbesondere das Zentrum bekommt den Massenprotest schon jetzt dermaßen zu fühlen, daß sein Zentralorgan, die Germania in Berlin, immer schärfer von Keudell abrückt. In der Sonntagausgabe erscheint in großer Aufmachung an der Spitze des Blattes eine Zurückweisung der Keudell-Aktion. Darin wird schärfer als bisher der Versuch unternommen, Marx und Brauns reinzuwaschen für die Teilnahme an der Aktion Keudells. Die Germania spricht ganz im Ton der SPD-Presse von einer „Unternehmung Keudells, die zu einem politischen Mißerfolg geworden ist, der im Interesse des Ansehens der Reichsregierung bedauerlich ist und vermieden hätte werden müssen ... Für die unerfreuliche Tatsache trägt Herr von Keudell die Verantwortung ... Vor einem solchen Schritt hätte mindestens die Auffassung des Reichskanzlers und der übrigen Minister festgestellt werden müssen usw.". Hundertfach wurde festgestellt, daß Herr Marx und die anderen Minister nicht nur verständigt waren, sondern Herrn Keudell seine „Ressort"-Aufgabe durchaus unterstützend zur Durchführung überließen. Warum sie jetzt das Haar in der Suppe finden, das sagt die Germania, deren nachträgliche Ableugnungen nur beweisen, wo die Massensympathien in Deutschland stehen, ganz offen:

„Innenpolitisch verbot sich mitten in einer Wahlbewegung dieser Schritt des Reichsinnenministers"!!!

Glücklicherweise gibt es aber für das Manöver des Zentrums einen ganz unverdächtigen Zeugen. Niemand anders als der Zentrumsminister Bolz, der Innenminister der Bazille-Regierung in Württemberg, hat noch am Freitag dem 20. April die tatsächlichen Ziele seiner Partei gelegentlich der Interpellation unserer Genossen im Finanzausschuß des württembergischen Landtages enthüllt. Dieser Bolz gab dort noch in Unkenntnis der Schwenkung der Reichsleitung des Zentrums und in Unkenntnis der Massenbewegung in ganz Deutschland zynisch und unumwunden zu,

daß seine Partei nicht nur den RFB, sondern auch die KPD verbieten wolle.

Zynisch unterstrich er, daß er schon vor längerer Zeit in Berlin angeregt habe, ob nicht ein Verbot der Kommunistischen Partei und aller kommunistischen Hilfsorganisationen angebracht sei, angesichts der gesamten Tätigkeit beider Organisationen, die durchaus staatsfeindlichen Charakter tragen. Er stimme deshalb allen Maßnahmen des Innenministers Keudell zu. Auf die Frage der kommunistischen Vertreter, ob er, Bolz, auch ein Verbot der Stahlhelmorganisationen nach ihrem Aufmarsch in Berlin und in anderen Orten des Reiches angeregt habe, erwiderte er, daß er dazu keine Veranlassung habe!

Diese Eröffnungen des Bolz und die Beruhigungslinie der Koalitionsbrüder als Ergebnis der Massenproteste beleuchten die Situation. Das Abrücken der Germania ist ganz ebenso einzuschätzen wie die 16 Einsprüche der Länderregierungen. **Hinter ihnen verbirgt sich die Entschlossenheit, mit geschickteren Mitteln die KPD und die revolutionären Massenorganisationen vogelfrei zu machen.** Ebenso eindringlich wird gleichzeitig erwiesen, daß nur die Massenmobilisierung diese Absichten verhindern kann, wie sie schon jetzt zu einer taktischen Schwenkung aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten mit Ausnahme der unentwegten Deutschnationalen geführt hat. Darum fordert mit RFB und KPD: **Hinein in Massen in die revolutionären Organisationen! Steigert im ganzen Reiche, in jedem Betrieb die Protestaktion!** E.

SPD-Versammlung gegen RFB-Verbot

In Oppeln beschloß eine von der SPD einberufene öffentliche Versammlung gegen die Einberufer auf Antrag von Kommunisten eine Resolution, in der es heißt (400 Anwesende):

„Die von der SPD einberufene öffentliche Versammlung ... erhebt schärfsten Protest gegen das bevorstehende Verbot des RFB, diesem Willkürakt zur Beschränkung der Wahlfreiheit und der Rechte der Arbeiterschaft. Gleichzeitig zeigt dieses Verbot die Rolle und die Bedeutung der Koalitionspolitik. Die SPD-Minister sind weiter nichts als die Vollzugsorgane der reaktionären Gesetzgebung und der Klassengerichte. Der Einspruch der Preußenregierung bedeutet nichts anderes als eine Täuschung und Ablenkung der Arbeiterschaft von den Aufgaben, gegen das kapitalistische System und den kapitalistischen Staat in jeder Form zu kämpfen. Das Verbot beweist weiter, daß die Bourgeoisie nur in der KPD und im RFB ihren Hauptfeind erblickt. Es ist daher die Pflicht aller Werktätigen, sich noch fester an KPD und RFB anzuschließen und am 20. Mai die Stimme für die KPD abzugeben."

•

Zahlreiche Hamburger Betriebe und Belegschaften sprechen sich wie die Betriebe im ganzen Reiche für die KPD und den RFB aus und erlassen in ihren Beschlüssen scharfe Proteste gegen den Angriff auf sie. Bemerkenswert ist ein Beschluß der Nieder, Bohrer und Stemmer von Blohm u. Voß vom 20. April:

„Angesichts der Tatsache, daß nur die Kommunistische Partei die Lohnbewegung der Werftarbeiter in der Oeffentlichkeit tatkräftig unterstützt hat, fordert die Branchenversammlung alle Kollegen auf, sich an den Sammlungen für den Wahlfonds der Kommunistischen Partei zu beteiligen.

Die Branchenversammlung protestiert gegen das geplante Verbot des RFB und beschließt, am 1. Mai geschlossen unter den roten Fahnen der Kommunistischen Partei zu demonstrieren."

Die werktätigen Mittelschichten

Hat der verflossene Reichstag ins Proletariat hinabgestoßen.

Denke daran bei der Werbung unter diesen Schichten! Unentbehrlich für diese Aufklärungsarbeit ist dir dabei das Handbuch der kommunist. Reichstagsfraktion.

Stelle dir das Material daraus sofort für die Mittelstandspropaganda zusammen!

Das Buch kostet 2,70 M. und wird dir auch über den Wahlkampf hinaus gute Dienste leisten.

Die Knebelung der Ruhrbergarbeiter

Der Schandschiedsspruch verbindlich erklärt!

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch im Ruhrkohlenbergbau im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt.

•

Die Aufforderung des sozialdemokratischen Zentralorgans, des Vorwärts, hat nun der Reichsarbeitsminister mit der Verbindlichkeitserklärung beantwortet. Der Schiedsspruch bringt für die Bergarbeiter keine Minute Kürzung der Arbeitszeit. Sie sollen also auch in Zukunft **8 Stunden unter Tage schuften.** Die Lohnerhöhung ist völlig ungenügend. Auch hier hat der sozialdemokratische Beisitzer der Schmalenbachkommission das Möglichste getan, um den Ruhrkapitalisten zu helfen.

Die Unternehmer und ihr Reichsarbeitsminister wurden zu ihrer Haltung **direkt ermuntert durch die Politik der sozialdemokratischen Führer des Bergarbeiterverbandes,** die es ursprünglich abgelehnt hatten, die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen einzureichen und sich lange hartnäckig weigerten. Wie einer der Verbandsführer in öffentlicher Versammlung sagte, haben sie nur blutenden Herzens die Forderungen aufgenommen und sich vorgenommen, das bei den Verhandlungen zu korrigieren. Außerdem hat das Verbandsorgan öffentlich geschrieben, **daß sich über die Lohnforderungen sprechen lasse.** Auf der Ruhrbergarbeiterkonferenz erklärten die sozialdemokratischen Verbandsführer, daß sie an den Reichsarbeitsminister **appellieren** werden, wenn ein unannehmbarer Schiedsspruch gefällt **werde.** Wenn aber ein solcher Schiedsspruch verbindlich erklärt würde, würden sie sich dem Spruch fügen. Entsprechend dieser Linie des systematischen Verrates haben sie überall die Kampfvorbereitungen sabottiert, die die Kumpels selbst stürmisch gefordert und vorbereitet haben. Zur Durchsetzung ihrer Niederlagenstrategie haben die Hulemänner die oppositionelle Gewerkschaftsopposition mit den infamsten Mitteln bekämpft und unterdrückt, **sowie den Ausschluß des Genossen Gustav Sobottka vollzogen.** Mit dem Reichsarbeitsminister haben sie abgekartet, die Verbindlichkeitserklärung solange zu verschieben, bis die Wahlen zum Verbandstag stattgefunden haben. Einen Tag nach diesen Wahlen, die am Sonntag dem 22. April stattfanden, erfolgt nun die provokatorische Verbindlichkeitserklärung.

Die Belegschaften der Ruhrzechen müssen jetzt sofort zu dieser Provokation Stellung nehmen. Sie müssen jetzt die sofortige Einberufung einer Delegiertenkonferenz des Ruhrbergbaues fordern, zu der die Delegierten von den Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben zu wählen sind. Dieser Konferenz muß die Aufgabe gestellt werden, die Führung des Streiks ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeitserklärung zu organisieren und in die Wege zu leiten. Der Kampf ist zu führen **für die 7-Stundenschicht unter Tage** und für die vom Verband ursprünglich eingereichte Lohnerhöhung. **Für den 1. Mai muß vollständige Arbeitsruhe beschlossen** und dieser Tag zu einer gewaltigen Demonstration für die übrigen Forderungen der Bergarbeiter werden.

Kumpels, tretet heraus zu Belegschaftsversammlungen! Kampf gegen die wirtschaftsfriedliche Arbeitszeit- und Lohnpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer!

Hinweg mit den Verbandsführern, die verantwortlich sind für den Abschluß des Ueberarbeitszeitabkommens im Bergbau und die jetzt den Kampf um die 7-Stundenschicht sabotieren!

Weg von den Gewerkschaftsfunktionen mit allen Saboteuren des Arbeitszeitkampfes!

Kampf gegen die Schlichtungsordnung und gegen die Schlichtungspolitik der SPD!

Heraus gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer!

Hermann Müllers liberaler Marxismus

Hermann Müller, der Parteivorstandsvorsitzende der Sozialdemokratie, hält es in der Osternummer des „Vorwärts" für nötig, die Mitwelt darüber aufzuklären, was er unter Marxismus versteht. Ihm hat es der Schlachtruf, mit dem die Deutschnationalen die Kleinbürger einfangen wollen: Gegen den Marxismus, angetan. Ueber die Dummheit derer, die mit diesem Schlachtruf zu Felde ziehen, ohne zu wissen, was Marxismus ist, ist nicht zu streiten. Doch Hermann Müller stellt diesen Dummköpfen des nicht verstandenen und verfälschten Marxismus nicht den revolutionären Marxismus entgegen, weil er selbst ihn nicht versteht und verfälscht. Er kämpft nicht unter den Fahnen des Marxismus gegen die Konterrevolution, sondern er beruhigt die Großbourgeoisie, mit der seine Partei nach den Wahlen die Große Koalition eingehen will, darüber, daß jene Losung gegen den Marxismus die Sozialdemokratie gar nicht trifft, weil eben die Sozialdemokratie mit dem Marxismus als der revolutionären Theorie und Praxis des Proletariats nichts mehr zu tun hat.

Um die unsinnigen Vorstellungen der deutschnationalen Demagogen über den Marxismus zu widerlegen, zitiert Hermann Müller nicht etwa Marx, denn dabei könnte selbst bei der größten Vorsicht etwas Revolutionäres passieren. Er beruft sich auf den Herrn Professor Gerland in Jena, einen der Leitartikler der gegenrevolutionären Berliner „Börsen-Zeitung" als Eideshelfer. Er beschwört den Geist des seligen Miquel, des weiland königlich preußischen Finanzministers Wilhelms.

Von Herrn Gerland erzählt Hermann Müller eine Anekdote aus dem Jenaer Kolleg vom Januar 1925:

„Am Samstag hat keiner der sechs Herren im Referendarexamen Antwort auf die Frage geben können: Was ist Marxismus? Sicher haben alle sechs Herren oft gerufen: Nieder mit dem Marxismus! Aber keiner von ihnen hat sich Rechenschaft gegeben über diese die Welt umspannende Bewegung, die in unserem Vaterlande von großer Bedeutung ist."

Daß die Studenten in Jena, wo Herr Gerland und seinesgleichen die Wissenschaft feilhalten, nicht wissen, was Marxismus ist, ist nicht weiter verwunderlich, weil Herr Gerland es auch nicht weiß. Aber der Umstand, daß die Studenten und ihre Professoren das nicht wissen, berechtigt noch nicht zu dem Müllerschen Schluß, daß Hermann Müller es nun weiß.

Denn was er als Marxismus auftischt, ist der Nationalliberalismus Miquels, wie Hermann Müller, um Stresemann zu beruhigen, auch selber einräumt. Doch zitiert er, um zu sagen, was Marxismus ist, nicht etwa den Miquel des Jahres 1848, als er noch in seiner Jugendsünden Maienblüte Kommunist war, sondern den bereits gereiften Staatsmann, der sich auf die kommende Ministerherrlichkeit vorbereitet:

„Bourgeoisie und Proletariat haben die gleichen Interessen, vorerst gemeinschaftlich einen bürgerlichen, nationalen Staat zu gründen. Wenn sie sich vorzeitig in die Haare geraten, erreichen beide nichts."

Er genügt den bescheidenen Bedürfnissen Hermann Müllers, um den Marxismus dieses Miquel-Satzes bewiesen zu haben, daß er in einem Brief an Kugelmann steht, mit dem ja auch Marx korrespondiert hat, und daß Miquel als Greis, als ihn Wilhelm schändlich fortgejagt hatte, einmal gesagt haben soll, daß er im Grunde seines Herzens immer Sozialdemokrat gewesen sei. Er war es so sehr im Grunde seines Herzens, daß er in der öffentlichen politischen Praxis die preußische Steuerreform von 1889 durchaus zur Zufriedenheit der Junker und der Großkapitalisten durchgeführt hat.

Miquel als Marxist heißt für Hermann Müller Stresemann als Außenminister, der die internationale Politik der Sozialdemokratie gegen die Sowjetunion durchführt, Miquel — Stresemann — Curtius, einst Nationalliberale und Volksparteiler, die mit ein paar wieder modern gewordenen Redensarten großkapitalistische Politik treiben.

Hermann Müllers Marxismus heißt die Verschandelung der Marxschen Lehre in liberale Geschwätzigkeit, damit die Sozialdemokratie für die Große Koalition bei den Stresemännern Anschluß findet, heißt die Beseitigung jeder „Vorzeitigkeit" in der Politik, die etwa das Proletariat mit der Bourgeoisie in die Haare sich geraten lassen könnte.

Hermann Müller behauptet, daß Marx vom Liberalismus herkomme. Er will die Ueberwindung des Liberalismus gerade durch Marx überhaupt nicht mehr sehen. Er faselt von einem Marx der Vergangenheit, wie er in der Wirklichkeit gar nicht existiert hat, um von einem Marxismus, der die Gegenwart für das Proletariat umgestalten will, um in naher Zukunft das Proletariat als herrschende Klasse zu organisieren, nicht reden zu müssen.

Hermann Müller entstellt den geschichtlichen Marx in einen liberalen Jammermenschen, um die Bourgeoisie von heute zu beruhigen und den Marxismus als lebendige gegenwärtige Theorie und Praxis des Proletariats zu entwerten.

Diese demagogischen Wahltricks sind so dumm, daß kein denkender Arbeiter sie nicht durchschaut. Den Arbeitern Deutschlands kommt es gerade auf den Marxismus an, den Hermann Müller nicht wahr haben will: den Marxismus, der das **Proletariat befähigt, seine Revolution und seinen Sieg über die Bourgeoisie zu organisieren.**

Sie reden mit zwei Zungen

In der Wahlzeitung der SPD Nr. 1 bringt man einen Kasten: **„Die Galerie der Bürgerblockverlogenheit!"** Dort läßt man Stresemann sagen:

„Die großen Fragen der Wirtschafts- und Innenpolitik sind nur gegen die Sozialdemokratie zu lösen."

In dem am Sonnabend in der Volkszeitung abgedruckten Wahlaufruf der SPD dagegen heißt es:

„Die Deutschnationalen haben sich allerdings den Erfordernissen der auswärtigen Politik untergeordnet, die von der Sozialdemokratie zuerst begonnen, **von Wirth und Stresemann mit unserer Billigung durchgeführt wurde,** der Politik, die durch Erfüllung zur Befreiung führt."

In der Wahlzeitung ist die Politik Stresemanns gegen die SPD gerichtet, in dem Wahlaufruf führt sie mit Billigung der SPD durch Erfüllung zur Befreiung.

So lügt die SPD die Arbeiter an, um die Koalition mit den Kapitalisten, gleichzeitig aber die Stimmen der Arbeiter zu bekommen.

Arbeiter denkt daran. Für die Interessen des Proletariats **kämpft nur die KPD.**

Zeichnet auf ihren Wahlfonds. Gebt den Sammlern, sendet auf das Postscheckkonto Dresden 26267 Otto Gäbel.

SLUB
Wir führen Wissen.